

Ergebnisprotokoll

Sitzung der Arbeitsgruppe „Barrierefreiheit und Inklusion von Menschen mit Behinderungen“

Datum:	10. Juni 2022
Zeit:	10.00 - 12.00 Uhr
Ort:	Video-Konferenz via WebEx
Sitzungsleitung:	Staatssekretär Dr. Torsten Wöhlert (SenKultEuropa)
Protokoll:	Il A Li; Tom Litterst; Tel.: 030 90228 362

Ergebnisse

TOP 1 Begrüßung

1.1 Technische Einführung

Die AG „Barrierefreiheit und Inklusion von Menschen mit Behinderungen“ (kurz: AG Kultur barrierefrei) findet als Video-Konferenz statt. Sepehr Brüderlin, führt in die technische Umgebung ein. Es wird sichergestellt, dass alle Teilnehmenden der Sitzung folgen und Beiträge anbringen können und die Übersetzung in Gebärdensprache funktioniert.

1.2 Begrüßung

Staatssekretär Dr. Torsten Wöhlert (kurz: StS K) begrüßt die Anwesenden und explizit die neuen Mitglieder.

1.3 Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird wie vorgeschlagen angenommen.

1.4 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 24. November 2021

Das Protokoll wird ohne Änderungswünsche verabschiedet und alle Anwesenden bestätigen den Erhalt des Protokolls.

TOP 2 Ausstellung BERLIN GLOBAL im Humboldt-Forum

(BE: AG-Mitglieder)

StS K bittet Herrn Richarz, den Besuch der Ausstellung zu schildern. Herr Richarz erläutert den Besuch mit besonderer Sicht auf die Barrierefreiheit. Es gab einige Vorrichtungen, um die Barrierefreiheit zu fördern, z. B. eine Wegweisung, eine Audiodeskription oder Braille. Herr Richarz äußert bezüglich der Barrierefreiheit der Ausstellung keine negativen Punkte.

Herr Krüger bemängelt die Wegleitung aufgrund vorhandener Unterbrechungen, die Audiodeskription aufgrund der schlechten Qualität und die Kommunikation mit der Ausstellungsleitung, da diese sehr einseitig vom Allgemeinen Blinden- und Sehbehindertenverein Berlin gegr. 1874 e.V. ausging.

Es wird angemerkt, dass wohl eine Evaluation durch die Stiftung Stadtmuseum stattfinden soll.

StS K erkundigt sich nach Gründen für die geringe Teilnehmerzahl beim Ausstellungsbesuch. Es hatte lediglich ein AG-Mitglied von vierzehn aktuell berufenen AG-Mitgliedern teilgenommen.

Sepehr Brüderlin merkt diesbezüglich an, dass die nicht mehr vorhandene Maskenpflicht einer der Gründe war. Noa Winter ergänzt dazu die besondere Belastung durch die Corona-Pandemie z. B. für chronisch kranke Menschen. Hinzu kamen noch persönliche Verhinderungsgründe sowie der erfolglose Versuch, eine Gebärdensprachdolmetscherin oder einen Gebärdensprachdolmetscher zu organisieren.

StS K hält fest, dass die geringe Teilnehmerzahl nicht am Desinteresse der AG-Mitglieder lag und derartige Unternehmungen auch zukünftig geplant werden können.

TOP 3 Stellungnahme „kulturelle Förderung“

(BE: SenKultEuropa, Fr. Deschka)

TOP 3 wurde zunächst innerhalb der Tagesordnung nach hinten verschoben. Da sich nach dem TOP 4 herausstellte, dass der Berichtstellerin die Teilnahme an dieser Sitzung wohl komplett nicht möglich ist, wurde TOP 3 auf die nächste UAG-und AG-Sitzung verschoben.

TOP 4 Bericht aus den Musikschulen: Netzwerk „Inklusion“

(BE: Bezirksschulen Mitte, Pankow)

Herr Link vom BA Mitte gibt an, dass die Musikschulen 12 Ansprechpartner:innen für Inklusion haben, z.B. für Fragen nach Fortbildungen und was Inklusion eigentlich ist. Es gebe eine Vermittlung von Lehrkräften durch ein Netzwerk, das sich zweimal im Jahr treffe. Zusätzlich gebe es die Arbeitsgruppe Musikschulen.

Nach Frau Höllein vom BA Pankow liege Berlin z. B. im Vergleich zu Bayern zurück, was die Inklusion bei Musikschulen betrifft. Wir müssten uns bei den Musikschulen anschauen, wen es im Bezirk gibt, welche Angebotsstruktur vorliegt und welche Hindernisse es für die Inklusion gibt, die eine Teilhabe verhindern.

Herr Link stimmt Frau Höllein zu und deutet auf die große Relevanz von Fortbildungen hin, da die Lehrkräfte nicht standardmäßig für die Arbeit mit Menschen mit Behinderungen geschult werden würden. Wir müssten dafür sorgen, dass jeder eine Fortbildung machen kann, wenn dies gewünscht ist.

Herr Link nennt als Beispiel die Fortbildung „BLIMBAM“ des Verbands deutscher Musikschulen e.V., die er auch selbst besucht habe. Diese sei sehr fundiert und öffne das Tor für eine inklusive Musikschullandschaft.

Frau Smaldino (Behindertenbeauftragte Neukölln) fragt, ob es eine finanzielle Unterstützung für die Musikschulen gibt, um Angebote barrierefrei zu gestalten.

Laut Frau Höllein sei diesbezüglich jede Musikschule in Berlin im Moment noch anders aufgestellt, aber es gebe Kooperationen. Die Rahmenbedingungen an den kommunalen Musikschulen sehe so aus, dass 20 bis 25 Prozent der Mitarbeitenden Festangestellte seien und 75 bis 80 Prozent sogenannte freie Mitarbeitende.

Herr Link wirft ein, dass ein Großteil von 75 bis 80 Prozent des „Outputs“, also der Unterrichtseinheiten, von freien Mitarbeitenden geleistet werde. Dies führe bei Arbeitseinsätzen z. B. an Förderschulen zu der Frage, ob dies dann auch ein finanzielles Plus bedeutet, da somit ein Mehraufwand entstehe. Bei Festangestellten sei dies einfacher. Im Bezirk Mitte gebe es eine Schulkoooperation z. B. für den Einsatz einer Lehrkraft an einer Förderschule und dies werde auch etwas besser bezahlt. Jedoch gehe es eher um die Frage, ob ein Bezirk die für Fortbildungen zur Verfügung stehenden Mittel in eine zweijährige Ausbildung stecken möchte.

Finanzielle Unterstützung zur Inklusion gebe es also schon, z. B. die „BLIMBAM-Schulung“, aber Herr Link könne nicht für andere Musikschulen sprechen. Jede Musikschule schaue zusammen mit dem jeweiligen Bezirksamt, welche Maßnahmen möglich sind und wo das Geld dafür herkommt.

Frau Braunert-Rümenapf merkt an, dass es für eine Inklusion nicht immer spezielle Kenntnisse der Lehrkräfte benötige, sondern z. B. auch schon die Erreichbarkeit eines Klaviers mit dem Rollstuhl förderlich wäre. Der Unterschied solcher Maßnahmen gegenüber umfassenden Fortbildungen und Schulungen sollte deutlich gemacht werden.

Herr Link bestätigt solche praktischen Maßnahmen der Barrierefreiheit als zusätzliche Gelingensbedingung.

Frau Höllein fügt hinzu, dass man bei weitergehenden Maßnahmen zur Barrierefreiheit noch relativ am Anfang stehe und auch ein umstrukturiertes Denken bezüglich des Umgangs mit der Zielgruppe nötig sei. Zum Beispiel verstanden sich die Musikschulen nicht als aktiven Part bei der ersten Kontaktaufnahme mit der Zielgruppe, während Menschen mit Behinderung oft gar nicht auf die Idee kämen, sich bei Musikschulen anzumelden.

StS K weist zusätzlich auf die langen Wartelisten an den Musikschulen als Barriere hin.

Frau Höllein bestätigt dies als paradoxen Punkt. Die Musikschulen müssten auch hier die Denkweise anpassen, trotz mangelnder Aufnahmekapazitäten gezielt Menschen mit Behinderung anzusprechen.

StS K fragt, ob die Fortbildungen hauptsächlich für die Festangestellten gedacht sind, was Frau Höllein bestätigt. Des Weiteren erkundigt sich StS K, ob das Problem der Scheinselbstständigkeit ein Hindernis für Fortbildungen von freien Mitarbeitenden darstellt.

Herr Link hat ein Problem durch eine drohende Scheinselbstständigkeit so noch nicht festgestellt. Es liege eher das Problem vor, dass freie Mitarbeitende den Arbeitsausfall und damit die Mindereinnahmen während einer Fortbildung kompensieren müssten.

StS K bittet Herrn Link diesbezüglich um eine Nachforschung, da er das Problem aus anderen Bereichen bereits kenne und man sich damit an die Grenze zum Arbeitsstrafrecht bewege.

Frau Huth bittet Frau Höllein und Herrn Link um Erläuterung zur Frage, wie gut die Chancen für eine Person mit Behinderung stehen, einen Platz an einer Musikschule zu erhalten und ob es eine Person gibt, die hier unterstützend tätig wird, damit die Person mit Behinderung nicht an das Ende der Warteliste rutscht.

Nach Herrn Link gebe es im Bezirk Mitte wenig strukturelle Angebote dazu und dieser Bereich befinde sich im Aufbau. In der „Fachgruppe Inklusion“, als organisatorische Einheit einer Musikschule betrachtet, gebe es aber keine Warteliste. Jedoch liege ein begrenztes Angebot bezüglich der verfügbaren Instrumente je nach Standort vor und man müsse die einzelnen örtlichen Bedingungen prüfen, wie z. B. die Zugangsmöglichkeit mit dem Rollstuhl. Es werde unter diesen Bedingungen nach dem bestmöglichen Angebot gesucht, mit dem Ziel, in individueller Absprache eine Inklusion zu ermöglichen.

Frau Höllein bestätigt dieses Vorgehen auch für den Bezirk Pankow und nennt eine eigens dafür zuständige Fachgruppe „Inklusion und Kooperationen“, in der auch sie mitwirke. Die Eigenschaft „Person mit Behinderung“ werde leider noch nicht automatisch mit dem Anmeldebogen abgefragt.

Zusätzlich seien die Wartezeiten je nach Instrument auch unterschiedlich lang, beim Klavier z. B. 5 bis 6 Jahre.

Frau Braunert-Rümenapf merkt an, dass eine umfassende vorab Information für Menschen mit Behinderung auf der Internetseite empfehlenswert sei, um betroffenen Menschen eine Pflicht zum „Outen“ und somit eventuell ein Gefühl der Diskriminierung zu ersparen, wenn sie sich im Vorfeld als Mensch mit Behinderung melden müssen.

Es komme immer wieder vor, dass sich Menschen mit Behinderung an die Ombudsstelle der Landesbeauftragten wenden, da sie keinen Platz an einer Musikschule bekämen.

Des Weiteren weist Frau Braunert-Rümenapf auf die in der Museenlandschaft bereits existierenden Checklisten zur Inklusion hin, die auch für die Musikschulen als Orientierung herangezogen werden könnten.

Laut Frau Höllein sei man hier an einer zeitnahen Lösung dran. Eine Fachtagung an der Landesmusikakademie Berlin zum Thema Inklusion wird beispielsweise genannt.

Herr Link gibt noch zusätzlich den Hinweis, dass sich Menschen mit Behinderung, die keinen Zugang zu einer Musikschule finden, gern an Frau Höllein und ihn wenden könnten, da die Stellen von den beiden genau dafür da seien. Insofern könne auch von anderen Stellen auf Frau Höllein und ihn verwiesen werden.

StS K erkundigt sich, ob der Kontakt zu der oder dem Inklusionsbeauftragten auch auf der Internetseite genannt wird.

Nach Herrn Link solle dies wohl so geschehen und es werde auch eine gut sichtbare Erscheinung der Musikschulen auf dem geplanten Berliner Portal mit Kontaktdaten und Links zum Thema Inklusion angestrebt.

Noa Winter fragt, inwieweit Personen mit Behinderung an den Musikschulen als Experten in eigener Sache und in einer Vorbildfunktion tätig sind.

Frau Höllein nennt diesbezüglich das Projekt „Musikwerkstatt“ an der Musikschule Pankow, in dem Menschen mit psychischen oder seelischen Beeinträchtigungen teilnehmen. Die Musikschule lerne darüber viel, wo überhaupt die Barrieren liegen und was es braucht, um hier weiterzukommen.

Es gebe jedoch noch keine Lehrkraft mit Behinderung.

Herr Link berichtet von einem ähnlichen Projekt im Bezirk Mitte in Zusammenarbeit mit der Lebenshilfe, bei dem versucht wird, Menschen in die Musikschule zu bekommen und in einen Austausch zu treten. Dies passiere im Moment so gut wie jeden Tag. Man sei aber auch hier noch am Anfang und das zukünftig benötigte Arbeitsaufkommen dürfe nicht unterschätzt werden.

Herr Krüger bedankt sich bei Frau Höllein und Herrn Link für deren Engagement. Aufgrund seiner Tätigkeit im Museumsbereich könne er die Arbeit der beiden nachvollziehen.

Gleichzeitig möchte er auf seine ehrenamtliche Tätigkeit im Allgemeinen Blinden- und Sehbehindertenverein verweisen. Der dortige Arbeitskreis berate Kultur und Freizeiteinrichtungen bezüglich möglicher Maßnahmen zur Steigerung der Barrierefreiheit und dabei spiele auch der Bereich Musik eine Rolle. Des Weiteren sei die Sensibilisierung des Personals im Umgang mit Menschen mit Behinderung ein sehr wichtiger Punkt, der vielleicht über relativ einfache Maßnahmen, wie z. B. Infoveranstaltungen, erreicht werden kann. Dabei könne erstmal grundsätzlich geklärt werden, wer zu unserer Gesellschaft gehört und wer zu den Mitgliedern oder zu den Schülerinnen und Schülern.

Dies sei ein erster wichtiger Schritt zum Thema Diskriminierung in die eigenen Einrichtungen zu schauen.

Herr Krüger möchte außerdem die Anregung geben, an die entsprechenden Interessenvertretungen heranzutreten und z. B. gezielt nach Musikerinnen und Musikern mit Behinderung zu fragen, die auch Interesse an einer Tätigkeit als Musiklehrerin oder als Musiklehrer hätten.

Bei ihm im Verein gebe es z. B. entsprechende Personen, von denen er aber nicht wisse, ob auch ein Interesse am Unterrichten vorhanden ist.

Herr Link findet diese Idee zur Lehrkräftegewinnung gut und ihm fällt dazu der Verein KulturLeben mit dem Utopia-Orchester ein, in dem Profimusiker:innen mit Behinderung spielten. Dort könne man mal nachfragen.

StS K bedankt sich bei Frau Höllein und Herrn Link für den Beitrag. Er erklärt die Verschiebung des TOP 3 auf den nächsten Sitzungstermin, da die Berichterstatterin anscheinend verhindert ist. Es soll mit TOP 5 fortgefahren werden, jedoch folgt zunächst noch eine organisatorische

Ergänzung zu TOP 3.

Herr Richarz findet es sehr ärgerlich, dass ausgerechnet dieser Punkt ausfällt und bittet darum, die AG-Mitglieder und die angesetzten Termine ernst zu nehmen.

StS K gibt zu bedenken, dass es vermutlich Gründe für das Fehlen der Berichterstatteerin gibt, die er nicht kenne, jedoch akzeptiere.

Herr Richarz akzeptiert dies nicht.

Frau Winter merkt an, dass es immer Gründe für eine terminliche Verhinderung geben könne.

Aufgrund ihrer eigenen täglichen Arbeit habe der TOP 3 (Barrierefreiheit der Kulturförderung) auch für sie selbst eine besondere Relevanz. Daher erkundigt sich Frau Winter über die Möglichkeit, dieses Thema in die Unterarbeitsgruppe (UAG) innerhalb der nächsten Wochen zu verlegen oder einen schriftlichen Austausch dazu vorzunehmen. Eine Verschiebung auf die nächste AG-Sitzung in sechs Monaten fände Frau Winter bei diesem wichtigen Thema problematisch. Sie bittet um einen Austausch innerhalb der nächsten Wochen.

StS K äußert sich diesbezüglich zuversichtlich und erklärt, dass das Ausbleiben des TOP 3 nicht an einem Desinteresse liege. Er sei selbst vom Fehlen der Berichterstatteerin überrascht.

Herr Richarz würde einen weiteren Zwischentermin für dieses Thema ebenfalls begrüßen.

StS K bestätigt noch einmal diese Möglichkeit und gibt Sepehr Brüderlin einen Hinweis auf die somit nötige Terminfindung.

TOP 5 Verschiedenes

Des Weiteren erfragt StS K bei den AG-Mitgliedern die Erlaubnis zu einer E-Mail-Weiterleitung von Informationsmaterial zum Thema Inklusion und Barrierefreiheit, das der SenKultEuropa regelmäßig zugehe.

Frau Smaldino erkundigt sich nach der genauen Art des Informationsmaterials.

Laut Sepehr Brüderlin handele es sich dabei z. B. um Informationen zu Tagungen oder Fortbildungen zum Thema Inklusion und Barrierefreiheit. Aber pauschal könne das nicht vorher bestimmt werden.

Frau Smaldino gibt die Erlaubnis für die E-Mail-Weiterleitung. Von den anderen Anwesenden kommt dazu kein Veto.

StS K weist darauf hin, dass es sich um einen E-Mail-Verteiler handele und man sich bei Bedarf auch wieder abmelden könne.

StS K bittet Frau Bendzuck und Frau Braunert-Rümenapf um einen kurzen Bericht zu deren Treffen mit dem Senator.

Frau Braunert-Rümenapf berichtet, dass sich über das Thema Denkmalschutz und das Einrichten einer Unterarbeitsgruppe (UAG) zum Denkmalschutz unterhalten wurde. Die UAG soll wohl ab dem 3. Quartal stattfinden. Frau Braunert-Rümenapf bittet Sepehr Brüderlin eine Abfrage des Interesses zur Teilnahme an der UAG zum Denkmalschutz bei den AG-Mitgliedern.

Frau Bendzuck gibt zum Termin mit dem Senator an, dass das LGBG (neu) angesprochen und die neue Funktion des Landesbeirats gegenüber den Senatsverwaltungen erwähnt worden sei.

In diesem Zusammenhang sei eine halbjährige Abstimmung zwischen Landesbeirat und Landesbeauftragten angeregt worden. Dies sei auf sehr positiven Widerhall gestoßen, weshalb es hier zukünftig auch engere Kontakte geben solle.

Herr Lederer habe sich im Zusammenhang mit der parlamentarischen Haushaltsberatung auch einen direkteren Kontakt mit der Landesbeauftragten gewünscht, um das Thema Inklusion in der Kultur ebenfalls an dieser Stelle stärker einzubringen und auf spontane

Projekte besser einwirken zu können. In zukünftigen Haushaltsberatungen wolle man dies mehr beachten.

Frau Bendzuck berichtet außerdem, dass die Barrierefreiheit beim Kultursommer auch ein Thema beim Treffen mit dem Senator gewesen sei. Man habe angeboten, eine Checkliste zur Barrierefreiheit an die Veranstalter herauszugeben. Ein Herr von Döhmen wollte dazu wohl Kontakt aufnehmen. Ob das passiert ist, sei noch nicht klar. Es werde aber ggf. eine Rückmeldung an die AG gegeben und man schaue, wie die Veranstalter des Kultursommers für das Thema Barrierefreiheit und Inklusion sensibilisiert werden könnten. Das IKTF solle für eine Evaluation des Kultursommers beteiligt werden.

Frau Bendzuck würde sich für die Themen interessieren, die nach dem Haushaltsbeschluss tatsächlich zum Thema Barrierefreiheit vom IKTF umgesetzt werden können.

Bezüglich der Umsetzung und Ausgestaltung des Beratungsauftrags werde der Landesbeirat schauen, wie man eine Prioritätenliste der Themen im direkten Kontakt mit Herrn Lederer und der AG aufstellen kann; also wo und wann welche Themen vorbereitet und später besprochen werden.

Ebenfalls sei das Thema „Europa“ angesprochen worden. Hier werde man sich mit Herrn Woop in Verbindung setzen. Die Frage sei, wie sehr man europäische Regelungen zur Barrierefreiheit nach Berlin bringen könnte, bzw. welche Themen das Berliner Büro in Brüssel dort fördern könnte.

Des Weiteren sei die Möglichkeit angesprochen worden, ob der Zirkus Sonnenstich ein Träger für das freiwillige soziale Jahr im Bereich Kultur (FSJK) sein könnte. Hier habe sich Herr Lederer dafür stark gemacht, den weiten Kulturbegriff anzuwenden und den Zirkus Sonnenstich als Träger anzuerkennen, wenn dieser es denn möchte.

Frau Bendzuck habe sich zusätzlich dafür eingesetzt, dass über das Haus Kultur und Europa eine Pressemitteilung (PM) über die Öffnung der Träger des FSJK ab Herbst herausgegeben wird. Es sei sehr schwierig Träger dafür zu begeistern, was Frau Bendzuck bei staatlich geförderten Einrichtungen für nicht hinnehmbar hält. Sie bittet daher um die PM und um einen Kontakt, an den sie ihr gesammeltes Material dazu senden kann.

Zusätzlich bittet Frau Bendzuck um einen Sachstand bezüglich der Barrierefreiheit der Philharmonie. Nach einer Begehung mit dem BIM sei hier keine Rückmeldung erfolgt. Zum Thema „Barrierefreies Ticketing“ halte Herr Lederer an seinem Ziel fest, das Ticket-Programm in eine öffentliche Regie zu überführen.

StS K hält es für besser, statt mit einer PM, die Träger bezüglich des FSJK direkt im Quartalsgespräch anzusprechen.

Frau Bendzuck findet das gut, bittet jedoch zu bedenken, dass die Informationen zeitnah raus müssten, da das FSJK bereits im September starte und man vorher bei den Trägern und bei möglichen Freiwilligen die Bereitschaft steigern möchte.

StS K stimmt zu und bestätigt, sich mit der Pressestelle abzustimmen. Die Informationen sollen an Sepehr Brüderlin übersandt werden. Von dort sollen diese über die Verteiler an die Referate B und C.

Die Idee mit den Quartalsgesprächen könne dennoch zusätzlich umgesetzt werden.

Sepehr Brüderlin bestätigt die Weiterleitung der Informationen an die Referate.

Frau Smaldino bittet darum, das Thema Denkmalschutz mit in die nächste Tagesordnung aufzunehmen, da sie selbst viel damit zu tun hat und die aktuelle Situation teils kritisch sieht.

StS K fragt, ob das hauptsächlich an den UD's liegt.

Frau Smaldino verneint dies und berichtet, dass es einen Konflikt mit der Landesdenkmalschutzbehörde bezüglich der Hufeisensiedlung, einem UNESCO Kulturerbe, gegeben habe. Dies sei aber nur ein Beispiel von vielen.

StS K schlägt daraufhin vor, den Chef des Landesdenkmalamtes zur nächsten Sitzung einzuladen und bittet Sepehr Brüderlin, die Organisation dafür zu übernehmen.

Frau Bendzuck weist rein informatorisch auf die neue Fokusgruppe „Kultur und Medien“ im Behindertenparlament hin und fragt Herrn Miedthank, ob er diesbezüglich etwas zum Thema Repräsentanz beitragen möchte.

Laut Herrn Miedthank sei die erste Einladung dazu für den 14.06.22 erfolgt und er bietet Sepehr Brüderlin an, die Information an ihn weiterzuleiten. Herr Miedthank geht davon aus, dass es hier einen Antrag geben wird.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

StS K schließt daraufhin die Sitzung, bedankt sich bei allen Teilnehmenden und bestätigt noch einmal die Sitzung mit der Kollegin in der UAG zu TOP 3. In der nächsten AG-Sitzung soll dieses Thema aber auch mit allen anderen besprochen werden.

Als „Erwartungsmanagement“ für Arbeitsabläufe und Verfügbarkeiten fügt StS K zusätzlich den Hinweis an, dass viele Kolleg:innen zur Zeit aufgrund der Pandemie noch sehr eingebunden seien, z. B. bei Programmen zur Soforthilfe, und bittet dies zu beachten.

Bei der Organisation der nächsten AG-Sitzung soll die Anwesenheit einer Vertretung der Landesdenkmalschutzbehörde ermöglicht werden. Wenn nötig, werde der Termin dafür auch verschoben.

gez. Tom Litterst, 21.06.22

Protokollführung